

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 30 (1940)
Heft: 14

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

Molotow spricht, die Westmächte planen

Aus der großen Rede, die Molotow vor dem obersten russischen Sowjet gehalten, hat man in den verschiedenen westlichen und andern Hauptstädten sehr verschiedene Dinge herausgelesen. Am besten dürften die Italiener zugehört haben. Eine Zeitung Italiens nennt die Rede „zweideutig und unklar“. Die Engländer legen das Hauptgewicht auf eine Wendung, die andeutete, Rußland werde sich an keinem großen Kriege beteiligen. Das heißt in englischer Lesart, Moskau werde Berlin nicht unterstützen, und es paßt zu jener Rechnung, die nach dem finnischen Frieden überlegte, es bestehe nun eine neue Situation, die sich nach allen Seiten hin entwickeln lasse ... vielleicht sogar gegen Deutschland.

In Frankreich hat man ein wenig anders zugehört. Es entging den führenden Stellen in Paris nicht, wie sehr Molotow betonte, die Westmächte hätten sich Rußland gegenüber eine Reihe offener Kriegshandlungen „schuldig gemacht“. Darunter wäre die Entsendung von Kriegsmaterial zu verstehen ... man notierte sich das in Rußland.

Rumänien, das besondern Grund hat, jede Wendung des nachbarlichen Kolosses genau zu beobachten, übt sich im Verschweigen der gefährlichsten Stelle, die von Besarabien handelt. Rußland habe die Annexion Besarabiens nach dem letzten Kriege niemals anerkannt. Es habe sich auch nicht dagegen ausgesprochen. Also stehe diese Frage offen. Das heißt doch einfach, daß Moskau Verhandlungen wünscht und sie bei günstiger Gelegenheit aufnehmen will, und wer weiß, wie nahe der Moment dieser Willensäußerung schon gekommen? Rumänien aber benimmt sich so, als ob die angetönte „Affäre Butenko“ ... eine für die russischen Parteikämpfe symptomatische Angelegenheit, die eigentlich Rumänien nichts angehe ... das Wichtigste in der russischen Ministerrede gewesen sei.

Wollen wir das Fazit aus dem Rechenschaftsbericht Molotows ziehen, dann mag es etwa so lauten: Rußland hat seine Ziele in der Ostsee erreicht. Die Pläne der Westmächte, via Finnland einen richtigen Kreuzzug gegen das „sozialistische Vaterland Rußland“ einzuleiten, sind gescheitert ... daß Italien anfangs einer der Hauptstörner war, Italien, das man von Berlin aus gern mit Moskau versöhnen möchte, hat Stalin nicht vergessen. Und Berlin? Molotow braucht gewiß keine unfreundliche Wendung gegen Deutschland. Wer aber besondere Freundschaften suchen wollte, muß einige Mühe aufwenden und künstlich deuten.

Es ist eben eine der Tatsachen, die nach Beendigung des Abenteuers mit Finnland in die Waagschale fällt: Stalin hat wieder Luft bekommen, und die Periode der steigenden Abhängigkeit von Berlin ist zu Ende. Mit der Befestigung Hangö haben sich die Gewichte in der Ostsee durchaus verschoben. Es könnte nun eher wieder so herauskommen, wie die Stalinfeinde in Deutschland gefürchtet: Daß der Abhängige in dem merkwürdigen Zweibund eben doch nicht Stalin, sondern Hitler sein werde. Molotow hat in seiner Rede irgendwo über die phantastische Idee eines Russenzuges gegen Indien gespottet. Eine Idee, die in den Zeitungen der Westmächte propagiert wurde. Er hat nicht beigefügt, daß jede derartige Idee, ob sie nun als Einsall in Persien, als Eroberung des irakischen Petrols oder als „Meganderzug nach Indien“ zuerst in deutschen Vorstellungen auftauchte, den Wunschvorstellungen jener entsprang, die von einer kurzfristigen Vernichtung des britischen Imperiums träumen.

Wenn Molotow den Indienzug als absurd bezeichnet, dann versichert er London und Paris der russischen Neutralität

in Asien, sofern die Weggandarmee nicht irgendwelche Vorstöße unternehmen werde. Die Großpläne der unruhigen deutschen Militärs werden damit desavouiert. Und als Schluß der gesamten russischen Rechnung ergibt sich, daß Rußland zuschauen will, weiter nichts. Es gedenkt die Deutschen in gewissem Umfange zu beliefern, soweit, als notwendig sein wird, um ihnen den Widerstand gegen die Westmächte weiterhin zu ermöglichen, aber ja nicht, um ihnen zum Siege zu verhelfen. Denn es soll keiner siegen, nicht Hitler, nicht Chamberlain. Während der „Finnlandnot“ der Russen trieben Stalin und Hitler mit beängstigender Schnelligkeit einem totalen Bündnis zu ... nach dem Ende dieser „Not“ haben sich alle Faktoren wieder gewandelt und nehmen das frühere Gesicht an: Rußland schaut zu, wie die beiden westlichen Lager, nachdem man Hitler mit dem Moskauerpakt zum Kriege gegen Polen verleitet und so den Weltkrieg glücklich zustand gebracht, sich zerfleischen und ausbluten. Stalin will nach dem Ende des Mordens in großem Stil ernten, so wie er nach dem Ende Polens in kleinerem Stil geerntet.

Der zweideutigste Passus in der ganzen Rede Molotows bezog sich auf den Vergleich zwischen den rumänischen und russischen Lieferungen an Deutschland. London und Paris würfen Rußland vor, den Deutschen kriegswichtige Waren zu liefern, und diese Lieferungen böten ihnen Anlaß, Rußland mit Kriegshandlungen zu antworten ... siehe Waffenlieferungen an die Finnen. Gegenüber Rumänien aber, das weit mehr als Rußland für die wirtschaftliche Ausrüstung Deutschlands getan, sei überhaupt nichts Unfreundliches geschehen. Das sieht ja beinahe wie eine hinterlistige Einladung aus, die Rumänen in die Zange zu nehmen, damit sie sich gegen die deutschen Forderungen sträuben möchten. Der Balkankrieg würde damit rasch reif, und die besarabische Position fiele Moskau von selbst in den Schoß!

Die Frage erhebt sich, was die Westmächte angesichts der russischen Weigerung, sich „als Gegner anzubieten“, im weiten Südosten zu unternehmen gedenken. Überhaupt, in welcher Richtung die alliierte Tätigkeit sich nach der Tagung ihres obersten Kriegsrates ... diplomatisch und militärisch ... entwickeln werde.

Bleibt es dabei, daß England und Frankreich keinen Neutralen überrennen wollen, gilt weiterhin als ungeschriebenes Gesetz, daß „Neutrale unverleßlich“ sein sollen, weil ihre Verletzung die moralische Basis der Kriegsziele England und Frankreichs bedeuten würde ... dann darf man nicht einmal Rußland angreifen, geschweige denn die Türken, Italiener oder Norweger. Molotow weiß wohl genau, was er London und Paris mit der abermaligen zynischen Neutralitätserklärung Rußlands für Bremsen anlegt.

Was aber läßt sich tun, wenn man die Neutralen aus Grundsatz schon und ihnen um keinen Preis zu nahe tritt?

Die Welt weiß instinktiv, daß diese Schonung, die den Alliierten sozusagen sämtliche Angriffsflächen wegnimmt und sich als bester Schutz des Dritten Reiches erweist, die oberste Heeresleitung England-Frankreichs in schwere Versuchungen führen muß, und sie nimmt an, man spiele selbstverständlich in den beiden Hauptstädten mit solchen Versuchungen. Darum kam ums vergangene Wochenende das Gerücht auf, die britische Flotte werde irgendwo an der norwegischen Westküste die neutrale Wasserzone sperren und künftig sämtliche Erztransporte der Deutschen abfan-

gen. Man muß wissen, daß diese Erztransporte aus den schwedischen Gruben auf dem kürzesten Wege nach dem norwegischen Hafen Narwik rollen und von dort nach den kriegsführenden Ländern verschifft werden. England hat in den letzten Monaten durch erhöhte Ankaufstätigkeit einen Teil der Menge, die Deutschland bisher bezog, zu sich herüber gezogen. Den Rest, so hieß es, würde nun künftig die Flotte kapern, und was etwa durchschlüpfen sollte, würden die im Rattegatt stationierten britischen Einheiten greifen.

Von London aus werden alle derartigen Absichten demontiert, und Norwegen beruhigt sich. Die Ungebildigen, die schon eine britische Aktion ... „endlich“ ... kommen sahen, (eine für das moralische Prestige höchst gefährliche Aktion gegen einen kleinen Neutralen!) zucken die Achseln. Wieder nichts! Die andern, die auf den britischen Genius hoffen, weisen auf die verstärkte diplomatische Aktivität hin. Vor allem sind die Gesandten und Botschafter aus den Balkanhauptstädten und Rom heimberufen worden, und die neuen Direktiven, die sie mitnehmen werden, künden energische Aktionen gegen den vordringenden deutschen Einfluß an. Im Zusammenhang mit dieser bevorstehenden Aktion wird betont, daß auch Italien sich einer Aufteilung des Südostraumes in „Einflußzonen“ widersetze ...

Wir glauben nicht, daß die angekündigte Forcierung der alliierten Tätigkeit sich hauptsächlich auf den Balkan beziehe. Wichtiger ist die Ausdehnung der Blockademassnahmen gegen alle Neutralen, denen man ihre Übersee-Einfuhr bis auf das Maß ihres Friedensbedarfs rationieren wird. Damit wird das schwedische Erz indirekt zu kapern versucht: Für jede Tonne, die an Deutschland geliefert wird, hält man sozusagen eine Schiffsladung Amerikawaren für Schweden mehr zurück. Das sind die Pläne!

Scheinregierung Wang Tsching Wei

In Nanking hat sich die schon seit langem angekündigte „neue nationale Regierung“ unter Wang Tsching Wei etabliert, eine von den Japanern erfundene Behörde, die den unbeflegten Tschiang Kai Scheck in Tschungking mit andern als militärischen Mitteln erledigen soll. Der Versuch stellt nichts Neues dar und ist nicht einmal spezifisch asiatisch; man kennt die „Gegenregierungen“ in der Geschichte bis in die Gegenwart hinein, und die „Separatisten“ in den Rheinlanden oder die „Kuusinenregierung“ sind nur die jüngsten Beispiele dieses immer wieder angewandten Mittels, der Waffengewalt mit klüglichen Argumenten nachzuhelfen.

Für Asien, vor allem auch für China, gilt jedoch, daß Persönlichkeiten wie der berühmte „Wang“, einst Tschiang Kai Schecks rechte Hand, seit fast einem Jahr aus der Kuomintang ausgestoßen und als Verräter verrufen, mehr Ausichten auf Erfolg haben als anderswo. „Verräter“, das klingt dem Chinesen immer ein wenig primitiv, wenn das Wort auf Meinungen und Versuche angewandt wird, wie ein Wang sie vertritt. Wang war dafür, mit den Japanern einen Vergleich abzuschließen und ihre Vorherrschaft anzuerkennen. Das war nach dem Falle Hankau und Kantons. Er stimmte den inoffiziellen Friedensbedingungen der Japaner bald einmal zu. Tschiang nicht. So kamen sie auseinander, und Wang flüchtete.

Ist er ein Verräter ... oder ist viel von dem, was er plant, nur einfach altchinesische Methode? Man überlege: Japan ist ein Staat, der heute vielleicht 70 Millionen „japanblütige“ Bewohner, dazu bald einmal gleichviele Koreaner und Chinesen zählt, wenn man die besetzten Gebiete in Nordchina, den Mandschukuo und das Pekingergebiet, als japanisch betrachtet. Das eigentliche China zählt vielleicht das Fünffache an Leuten, wenn man in Japan nur die Japaner zählt. Und die Chinesen sind Bauern ... zur Hauptsache zähe und unendlich tüchtige Bauern, und sie bleiben Bauern, auch wenn sie sich als Händler, Bankiers und Handwerker aufstun. Dieses Bauernvolk hat sich in den letz-

ten tausend Jahren mehrfach von fremden Dynastien unterjochen lassen, zum letzten Mal ums Jahr 1600 von den tungusischen Mandschus. Das Resultat der verschiedenen Eroberungen war jedesmal die Assimilierung der Eroberer durch die Chinesen, die im übrigen den Staat negierten. Soldaten, Henker und Steuerpächter waren drei Berufe, die ein Chineser als unehrlich ansah ... sie blieben den Tungusen vorbehalten ...

Wangs Idee der Zusammenarbeit mit Japan geht vom altchinesischen Gedanken aus, daß China in kurzer Zeit maßgebend sein werde, der Gewinnende in der gewalttätig begründeten Ehe! Wenn er im heutigen China, das nationalistisch fühlt wie nie zuvor, noch Anhänger findet, dann deswegen, weil China aus Tradition die Methode des Aufstossens fremder Eroberer kennt! Wangs Haß gegen Japan kann sich mit Freundlichkeit tarnen ... er kann untergründig, aber nicht minder stark sein als der Haß Tschiangs.

Aber Wang Tsching Wei hat übersehen, daß zwei Faktoren anders aussehen, als sie im traditionellen China und seiner Geschichte ausfahlen. Der Eroberer stellt nicht mehr eine Horde von einigen hunderttausend Köpfen, sondern ein Siebzigmillionenvolk dar, das unendlich viel schwerer zu „chinesifizieren“ wäre als der Mandschustamm. China aber ist nicht mehr das China von 1840. Hundert Jahre Berührung mit Europa und Amerika haben seine Massen mit neuen Ideen erfüllt ... die Idee des Nationalismus, wenn sie diesen Namen verdient und nicht etwa eine „Geisteskrankheit der fremden Teufel“, darstellt, (um es chinesisch zu sagen), beherrscht die gesamten Oberschichten des Volkes und ergreift immer weitere Unterschichten, von den großstädtischen Arbeitern und Kulis angefangen bis zu den flüchtigen, vom Kriege vertriebenen Bauern.

Aus dieser Idee des Nationalismus heraus, die mit der imperialistischen Idee des japanischen Heeres zusammenstößt, wird nun Wang in den Vorstellungen des modernen denkenden Chinas zum wirklichen Verräter, dem kein anständiges Motiv mehr zugebilligt wird, und Tschiangs Antwort auf die erste Proklamation der neuen Scheinregierung in Nanking drückt aufs Klarste den Willen aus, mit Wang nie und unter keinen Umständen zu paktieren. Die chinesischen Missionen im Ausland sind angewiesen worden, überall zu intervenieren und nirgends eine Anerkennung Wangs aufkommen zu lassen.

Natürlich sind die Hinweise auf die militärische Lage Japans das Entscheidende. Wenn es so wäre, wie die Tschungking-Regierung behauptet, dann stünde Japan demnächst am Ende seiner Möglichkeiten; die Kraft zu neuen Feldzügen würden seine Armeen so wenig aufbringen wie die geleerten Kassen; die Wehrkraft des neuen China, das da droben in den Bergen von Szechwan entsteht, würde mit jedem Monat stärker, und die Freischaren in sämtlichen besetzten Gegenden Chinas hätten sich zu einer wahren „Auszehrung“ der Besatzungsarmee Japans ausgewachsen. In dieser Darstellung liegt sicher viel chinesische Übertreibungskunst ... genau so, wie in der Bezeichnung eines „Bergnügungsetablissemments“ als „Haus der fünfundzwanzigtausend Freuden“. Allein es ist Tatsache, daß der japanische Ansturm gegen die Pünanbahn wieder auf Nanning zurückgefallen ist, daß ein Vormarsch von Kanton nach Norden in sich zusammenbrach, daß die Chinesen südlich von Shanghai längst wieder in der Nähe von Hangtschau stehen ... und ein japanischer Rückzug ... natürlich ein „Kriegreicher“ ... von 250 km nördlich der großen Mauer wird von den Japanern selbst gegeben.

Man wird also nicht fehlgehen, wenn man annimmt, der Befehl der Regierung Wangs an die Freischaren, den Kampf gegen Japan einzustellen, werde so wirkungslos sein wie die Aufforderung an die Armeen Tschiangs, die Waffen niederzulegen, oder an die Regierung in Tschungking, sich mit der neuen Nankingbehörde zu vereinigen.

Bilder vom Krieg

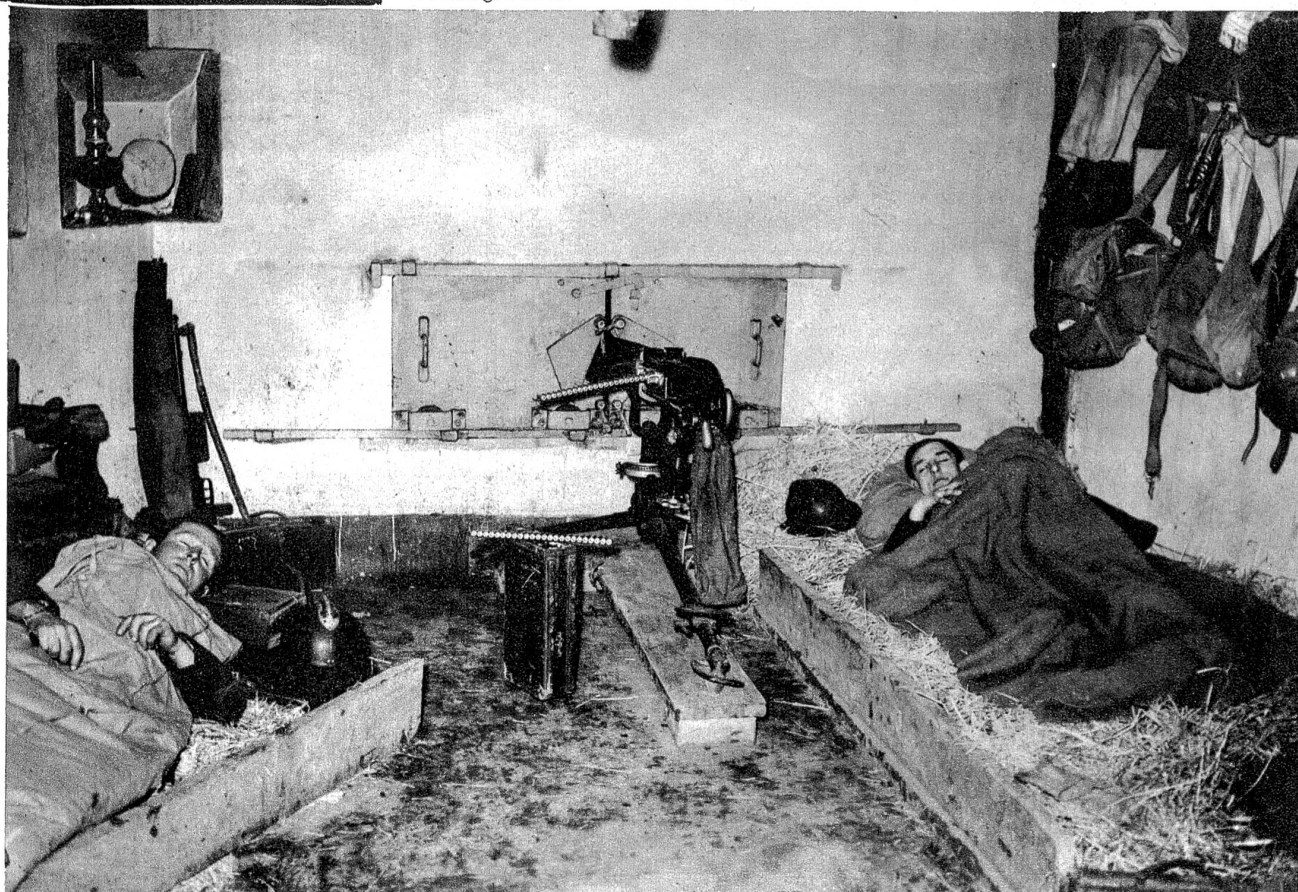


Französischer Artilleriebeobachtungsstand während der Gefechtstätigkeit.



Grosser Verbindungsstollen in der Maginot-Linie. Die einzelnen Festungswerke sind durch solche bombensichere Verbindungsgänge tief unter der Erde miteinander in Zusammenhang. Durch diese Stollen können auf schnellstem Wege mittels elektrischer Bahnen Mannschafts-, Munitions- und Materialtransporte vorgenommen werden. (Photo Keystone)

In den Kasematten der Maginot-Linie schlafen die Posten neben ihren schussbereiten Maschinengewehren.



Tarnungen

Getarnter Bunker im Westwall. Er ist so getarnt, dass er für den Gegner aus der Ferne kaum sichtbar ist. Sein Schussfeld beherrscht einen genau abgegrenzten Teil der Frontlinie. (Associated Press).



Gute Tarnung im verschneiten Gelände. (Photo Atlantic)



Das Auge des Bunkers. Maschinengewehr in einer getarnten Panzerkuppel. (Photo Atlantic)

Eigenartige Tarnung eines englischen „Scharfschützen“, der sein Gewehr mit weissen Tuchstreifen umwunden und den Verschluss mit Schnee bedeckt hat. „Ein Sniper (Mann, der aus grosser Entfernung zielschiesst) beim Zielen“, so lautet der Text zu dieser Amtlichen britischen Photo des Kriegsministeriums. Ob man wohl mit überdecktem Visier auch zielen und mit verschneitem Verschluss auch laden kann? Vielleicht im Kriegsministerium in England.



Behropper und Wehrsteuer vor den Räten

Im Nationalrat wurde, ohne daß eigentlich die Tragweite des Vorschlages überall richtig zum Bewußtsein kam, ein Versuch abgelehnt, die Rechte des Parlaments abzubauen und auf den Bundesrat zu übertragen. Es handelte sich nur um einen Zipfel des ganzen Rechts, wenn man so will ... nur um ein genau zu umschreibendes Einzelrecht ... aber es wäre ein Anfang gewesen, und schon der Römer sagte, man müsse den Anfängen wehren. Alle, die überzeugt sind, daß dem Parlament, nicht einem „starken Bundesrat“, die Rolle des „Souveräns“, im Namen des Volkes, gebühre, atmeten auf. Andere, die der Ansicht sind, ein Bundesrat, der über erweiterte Kompetenzen verfüge, täte uns not, zuckten die Achseln. Schadel Bundesrat und Ständerat hatten beantragt, die „Ausgabebefugnisse der Bundesversammlung“ einzuschränken; das Parlament würde auf zehn Jahre hinaus keinerlei Summen bewilligen können, die über die Anträge des Bundesrates hinausgingen. Eine Mehrheit des Nationalrates lehnte ab. Keine große Mehrheit, aber doch eine Mehrheit. Und zwar siegte der Standpunkt, daß es sich hier um Kompetenzänderungen handle, die die Sphäre der verfassungsmäßigen Rechteverteilung berührten.

Was nun der Ständerat tun wird, weiß man noch nicht. Wenn aber der Nationalrat sich sträubt, wird doch alles beim Alten bleiben. Praktisch hätte die Neuerung, wenigstens in der Gegenwart, wenig Bedeutung. Denn es ist nicht wohl einzusehen, welches nach der heutigen Parteienstärke zusammengesetzte Parlament Ausgaben vorschlagen könnte, die nicht absolut notwendig sind! Alle Volksvertreter sind erschrocken über die Zahlen, über die Zwangslage, vorderhand 2½ Milliarden zur Deckung der außerordentlichen Armeekosten aufbringen zu müssen, und über die vielleicht 100 Millionen, die das „normale“ Bundesdefizit jährlich beträgt.

Aber nicht alle sind erschrocken über die Art, wie von mehr als einer Seite versucht wird, möglichst wenig an die aufzubringende Riesensumme leisten zu müssen. Man glaubt heute schon vorauszu sehen, woher die Meinparole in der kommenden Volksabstimmung tönen wird. Ein Antrag Rochat, das Behropper, das 4 bis 500 Millionen abzuwerfen verspricht, fallen zu lassen, vereinigte 13 von 187 Stimmen auf sich. Man denke, was ein solcher Antrag bedeutet. Die halbe Milliarde würde auf die Wehrsteuer und auf das „Lohnopfer“ übergerechnet werden müssen. Praktisch: Das Vermögen übernimmt einen Teil seines Opfers in Form der Wehrsteuer ... ein anderer Teil aber wird abgewälzt auf jene Schichten, die sowieso schon schwerer tragen ...

Die Frage der „Opfererhebung an der Quelle“ wurde durch die Sozialdemokraten und durch Duttweiler erhoben. Man war der Ansicht, es sei möglich, hunderte von Millionen mehr zu erwischen, wenn man das „Quellenprinzip“ anwende, liegen doch 18 Milliarden unverteuerten Vermögens im Land! Bundesrat und Wetter, der sich in Finanzsachen gründlich auskennt, brachte diese Anträge zu Fall. Er sprach von ganz „ungeheuren Erhebungen“, die notwendig sein würden, um alle Vermögen nach ihrer Summe und ihren Erträgen festzustellen, und von verhängnisvollen Perspektiven. Duttweiler war der Ansicht, man könne, wenn man wollte, das Quellenprinzip wohl anwenden. Der Laie hört zu und versteht nicht immer. Er versteht vor allem nicht, wie es zugehn soll, daß man die Wehrsteuer an der Quelle fassen kann, das Opfer, d. h. die bis 4,5 % steigende Vermögensabgabe, in Raten zahlbar, aber nicht. Das heißt doch, nach normalen Überlegungen, daß man nicht alle Vermögen auftreibt, die aufgetriebenen aber sicher besteuert und wenigstens aus diesem Grunde ein anständiges Ergebnis der Wehrsteuer erwartet. Wenn uns aber die kompetenten Steuerstatistiker immer wieder betonen, wir brauchten viel weniger zu berappen, wenn nur die „unverteuerten 18 Milliarden“ ihre Schuldigkeit bleihen würden, dann tut es einem leid ...

Immerhin muß man betonen, daß der Widerwille gegen den „alles ausknüffelnenden Staat“ einen Faktor darstellt, den man als politischer Rechner ... nicht nur als steuerpolitischer ... nicht außer Betracht stellen darf, und man wird Bundesrat Wetter aufmerksam zuhören, wenn er vor den und jenen Maßnahmen warnt. Jedenfalls wird die restlose Unterdrückung der „Steuerunterschlagungen“ mit Polizeimethoden nur von totalitären Regierungen, nie von demokratischen, versucht werden können. Demokratisch vorgehen heißt wirklich etwas anderes.

Es ist nun vom Nationalrat beschlossen worden, das Behropper im Sinne der bundesrätlichen Vorschläge zu erheben; der Höchstfuß von 4,5 % statt nur 3 % geht über die bundesrätliche Vorlage hinaus; freilich soll dieser Höchstfuß nur von bestimmten Grenzen an gelten und trifft praktisch nirgends das Gesamtvermögen. Was der Ständerat ändern wird, steht noch aus, damit aber auch die Endformulierung durch den Nationalrat.

Die Wehrsteuerdebatte hat ganz erhebliche Unterschiede in den Auffassungen gezeigt. Links wollte man natürlich anders staffeln als der Bundesrat, die Steuergrenze hinaufsetzen, die kleinen Einkommen und Vermögen entlasten, so weit es ging, die Genossenschaften schonen usw. Als Endergebnis beschließt der Nationalrat, alle über 3000 Franken gehenden Einkommen seien steuerpflichtig, und zwar die kleinsten mit 0,4 %, die höchsten mit 6,5 %. Ledige steuern schon bei 2000 Franken Einkommen. Auf Familienlasten wird Rücksicht genommen. So sieht also die Wehrsteuer, in den Umrissen gesehen, aus.

Milchpreis und Brotpreis

Ab 1. April bezahlt der Konsument einen Rappen mehr für den Liter Milch, und ab 15. April wird das Brot um 3 Rappen per Kilo teurer. Es ist klar, daß diese Verteuerungen Unruhe erzeugen und da und dort als Alarm wirken. Die Frage der Löhne wird akut ... eine Überprüfung der Lohnverhältnisse in verschiedenen Berufen drängt sich auf.

Zu fragen, ob und warum diese Verteuerungen notwendig seien, braucht man wirklich nicht. Man denke nur einmal an die rapid steigenden Frachtsätze für Übersee-Transporte. Die andauernde Vernichtung von Schiffsraum durch Torpedos und Minen kann selbstverständlich nicht ohne Folgen bleiben.

Ganz verstehen kann man nicht, warum auch die Milch, entgegen den ursprünglichen Absichten im Bundeshaus, nur den Getreidepreis, nicht aber die Milch, besser bezahlen zu lassen, nun mehr kosten soll. Man kann aber darauf antworten, daß der einzige Rappen die bundesrätlichen Absichten nicht stört; die Landwirtschaft behält den erhöhten Anreiz, mehr Getreide zu pflanzen, dank den höheren Preisen für Getreide, dennoch. Der gewährte Rappen deckt wahrscheinlich nur gewisse Mehrauslagen des Bauern, der eben auch mit erhöhten Produktionskosten rechnen muß.

Es ist nur ein bedenklicher Umstand eingetreten: Die verschiedenen Währungen schwanken, mit dem Dollar verglichen, und der Schweizerfranken bleibt so stabil wie der Dollar. Wenn nun die noch funktionierende Exportindustrie daraus schließt, daß ein ableitendes Pfund mitsamt den andern, „ans Pfund gehängten Währungen“ die schweizerischen Exportmöglichkeiten bedrohe, so daß Lohnsteigerungen unmöglich seien, und wenn es ihnen allenfalls gelingt, diese Unmöglichkeit zu beweisen, was soll dann geschehen? 10,8 Prozent, so stellt der Bundesrat selber fest, ist der Lebensmittelpreis seit 1936, 5,4 % seit dem August letzten Jahres gestiegen. Soll das Einkommen der breiten Massen, das „Grundeinkommen“, auf dem alle andern Einkommen letztlich beruhen, nicht infolge der Teuerungswelle dahinschwimmen, dann muß etwas geschehen, um alle als notwendig erkannten Lohnerhöhungen zu ermöglichen, und sei es auch auf andern als den gewohnten Wegen ... —an—